

Tübingen soll nicht rauchblau werden

Tübinger Kreisvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Landesvorstandsmitglied Christian Kühn und Winfried Hermann, MdB gegen Tübinger Einstieg in das Kohlegeschäft

Die Beteiligung der Tübinger Stadtwerke am Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Brunsbüttel ist ein kontrovers diskutiertes Thema bei den Grünen im Kreis Tübingen. Der Kreisvorstand, Christian Kühn (Mitglied im Landesvorstand) und Winfried Hermann (MdB) sprechen sich nach einer Vielzahl von Veranstaltungen entschieden gegen diese Beteiligung aus.

Für einen Kurswechsel ist es nicht zu spät

Vorstandsmitglied Agnieszka Malczak sagt im Rahmen der mittlerweile überregional geführten Debatte: „Trotz mehrmaliger Gespräche bedauern wir es sehr, dass gerade der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer und Teile der Grünen Gemeinderatsfraktion von diesem Projekt nicht abrücken und es vehement verteidigen. Konsequente grüne Klima- und Kommunalpolitik sieht unserer Meinung nach einfach anders aus.“ Denn „das Kraftwerk in Brunsbüttel würde derart viel CO₂ emittieren, dass alle Klimaschutzmaßnahmen in Tübingen wie blanker Hohn wirken müssen,“ so Jan Marczona, Mitglied im Kreisvorstand Tübingen. „Es ist zu befürchten, dass die Stadt Tübingen ihre Glaubwürdigkeit in Punkto nachhaltige und ökologische Energieerzeugung durch die Beteiligung am Kohlekraftwerk Brunsbüttel verliert,“ so Christian Kühn, Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.

Nach wie vor ist der Ausstieg aus dem Projekt möglich. Wir fordern alle EntscheidungsträgerInnen in Tübingen dazu auf, aus dem Projekt auszusteigen, und nicht weiter die eigene Kampagne „Tübingen macht blau“ zu torpedieren und auf den Pfad einer konsequenten Klimapolitik zurückzukehren.

Kohle ist auf Dauer ökologischer und ökonomischer Unsinn

Winfried Hermann meint, Klimaschutzverantwortung trägt man auch in Tübingen für Brunsbüttel. Er sagt: „Große Kohleverstromungsanlagen sind technologisch weder innovativ noch effizient, die falsche zentralistische Energietechnologie, mit einem Wirkungsgrad von unter 50 % um vieles schlechter als dezentrale Blockheizkraftwerke mit über 90 % Wirkungsgrad. Langfristig wird

Kohle auch wegen dem Emissionshandel und weltweiter Nachfrage deutlich teurer werden. Neben dem ökologischen Schaden wird es langfristig auch ökonomisch schädlich sein.“ Das Projekt des Neubaus des Kohlekraftwerks in Brunsbüttel ist in zweierlei Hinsicht ein finanzielles Risiko für die Stadt Tübingen. Denn die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks hängt von der Preisentwicklung für Emissionszertifikate und Steinkohle ab – beide Tendenzen weisen klar nach oben. Hinzu kommt, dass die Baukosten bei solchen Großprojekten häufig enorm in die Höhe schnellen. Daher ist die tatsächliche finanzielle Beteiligung der Stadtwerke bis jetzt noch nicht endgültig abzuschätzen.

„Wer die Entflechtung des Strommarkts will, den Aufbruch verkrusteter monopolistischer Strukturen fordert, kann nicht guten Gewissens gemeinsam mit zwei der größten europäischen Energiemultis in veraltete Technologien investieren. Dezentrale Energieversorgung, Entflechtung des Strommarkts, Stärkung kleiner Produzenten – diesen grünen Zielen steht das Kraftwerk Brunsbüttel diametral entgegen,“ so Christian Kühn, Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.

Für den Kreisvorstand:

Agnieszka Malczak: 0176/21978512

Mitglied des LaVo

Christian Kühn: 0177/6421365

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.